

## Jugendhilfe in strukturschwachen Regionen

# Alle weg?

*In den neuen Bundesländern ist der demografische Wandel besonders spürbar. Hier muss die Jugendhilfe bereits auf Veränderungen reagieren, die in den meisten Teilen Deutschlands noch Zukunftsprognosen sind. Einige lokale Träger erproben deswegen schon heute neue Strategien, von denen morgen andere Regionen lernen können. Erste Erkenntnisse liefert das Projekt „DEMO – Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel“, verantwortet von der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSa) und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej).*

### Charlotte Bamberger

„Im Nachbarort ist gerade zum ersten Mal seit elf Jahren ein Kind geboren worden“, sagt eine Sozialarbeiterin aus dem Landkreis Stendal/Sachsen-Anhalt. Dies ist für das ländliche Ostdeutschland keine Besonderheit mehr. Demografische Prognosen sind hier bereits Realität:

- Hier gibt es Regionen, in denen 25 oder weniger Einwohner pro Quadratkilometer leben – im Bundesdurchschnitt sind es 231 Personen.
- Der Anteil der Bevölkerung unter 19 Jahren sank seit der Wiedervereinigung von knapp 22 auf 13% – in Westdeutschland nahm diese Gruppe nur um zirka 3% ab.

Vor allem die jungen, Qualifizierten wandern ab. Die seit Jahrzehnten niedrige Geburtenrate verschärft diese Situation noch.

### Weniger Jugendliche – weniger Jugendhilfe?

Leider wird gerade für den ländlichen Raum oder die neuen Bundesländer oft noch die Rechnung „weniger Jugendliche ist gleich weniger Förderbedarf“ aufgestellt. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade in diesen strukturschwachen Regionen leben besonders viele benachteiligte Jugendliche. Wenn die Qualifizierten gehen, bleiben weniger Qualifizierte zurück. So sind junge Menschen in Ostdeutschland deutlich öfter von relativer Armut betroffen; die Arbeitslosenquote für Menschen unter 27 ist fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Es bedarf hier eines langfristigen und nachhaltigen Jugendhilfeangebotes, um Perspektiven für Jugendliche, aber auch

für die Fachkräfte zu schaffen. Projekte, die nur für ein bis drei Jahre finanziell unterstützt werden und danach wieder im Sand versiegen, bieten kaum Raum für eine Entwicklung und machen den Arbeitsplatz für Fachkräfte unattraktiv. Jugendhilfe muss kontinuierlich sein.

### Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel

Das klingt nach einer großen Aufgabe. Handlungsspielräume versucht das Projekt „DEMO – Demokratische Jugendhilfe im demografischen Wandel“ zu zeigen. Seine Standorte in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen arbeiten an Strategien für diese scheinbar abgehängten Regionen. Am Anfang steht eine Analyse der lokalen Bedürfnisse und der Teilhabemöglichkeiten. Aus welchen Motiven heraus ziehen die Menschen weg oder bleiben? Pauschale Antworten gibt es leider nicht, es zählen neben dem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ja auch „weiche Faktoren“ wie Mitgestaltungsmöglichkeiten, Ehrenämter, etc. Man kann und soll die Jugendlichen nicht festhalten, wir können ihnen aber Wahlfreiheit vermitteln. Die Entscheidung zu bleiben oder wegzuziehen sollte sich an persönlichen Interessen, Perspektiven und Träumen entscheiden und nicht an äußerem Druck.

Doch das altbewährte Jugendhilfesystem, das mit seinen Angeboten zentralistisch organisiert ist und das Unterstützung nur nach Paragraphen gewährt, funktioniert hier nicht, denn das Leben in einem extrem strukturschwachen Raum ist zwar nicht als Benachteiligung gesetzlich

verankert, kann es aber faktisch schnell werden. Ein Jugendhilfesystem, das mit einem in den letzten zehn Jahren halbierten Stellenvolumen auskommen muss und gleichzeitig die existierenden Stellen oft nicht qualifiziert nachbesetzen kann, tut sich schwer.

### Bedarflücken dürfen gar nicht erst entstehen

Vor allem geht es darum, (sozial) unversorgte Räume gar nicht erst entstehen zu lassen. Spätestens wenn in Gegenden, in denen soziale Angebote für Jugendliche abgebaut werden, immer häufiger die entstandenen Lücken von rechten Organisationen gefüllt werden – dann ist höchste Alarmstimmung. Die Rechtsextremen verstehen es, mit ihren scheinbar harmlosen Angeboten lokale Angebotslücken zu stopfen. Es darf nicht sein, dass sich Jugendliche von undemokratischen Angeboten angesprochen fühlen, nur weil dies die einzigen Angebote vor Ort sind.

### Jugendhilfe wird mobil

Mobilität ist im ländlichen Raum entscheidend. Die Jugendhilfe selbst muss mobiler werden und zu den Jugendlichen kommen. So setzt eines der Projekte auf mobile Beratung. Die Analyse ergab, dass es im ganzen Landkreis kein unterstützendes Beratungsangebot für junge Eltern gibt. Die Schwierigkeit ist, dass diese sehr weit verteilt leben. Also bietet nun die Mitarbeiterin, die schon zur mobilen Kinder- und Jugendarbeit in die Dörfer fährt, dort anschließend auch eine Beratungssprechstunde an. Es geht um Hilfe bei Bewerbungen, gesundheitliche Auf-

klärung und vieles mehr. Wenn möglich, findet das Angebot in Kindertagesstätten oder Gemeindezentren statt, um Synergieeffekte zu nutzen. Mit der Zeit hat sich daraus eine sich gegenseitig unterstützende, eigenständige Müttergruppe entwickelt, die sich trifft, ohne jedes Mal den langen Weg bis hin zum Standort des Trägers auf sich nehmen zu müssen.

Ein anderes Beispiel ist ein kleines Wohnmobil, das mit Fachkräften – Sozialarbeiter, Gemeindepädagogen oder Schuldnerberater – besetzt über die Dörfer fährt. Regelmäßig steht es an zentralen Orten wie dem Marktplatz, es gibt Tee und Kaffee – eine sehr niederschwellige Art, ins Gespräch zu kommen. Durch diesen engen Kontakt mit den Bewohnern der Dörfer kann gut analysiert werden, was vor Ort fehlt. So hat der Jugendhilfeträger mittlerweile in einem leerstehenden Haus gemeinsam mit Jugendlichen eine Fahrradwerkstatt aufgebaut. Unterstützt werden sie von Ehrenamtlichen, oft älteren Dorfbewohnern, die hier ihr Fachwissen weitergeben können.

Durch mobile Angebote wie dieses ländliche Streetwork und auch durch Kooperationen mit Schulen, Vereinen und sozialen Trägern können Synergieeffekte erzielt werden und die Belastung durch lange Wege reduziert werden. Es müssen aber auch geeignete, das heißt finanzierbare, Mobilitätsmöglichkeiten für die Jugendlichen entwickelt werden. Mit Hol- und Bringdiensten zu Jugendarbeitsangeboten lassen sich im ländlichen Raum die Jugendlichen besser erreichen. Benachteiligte Jugendliche sind häufig die am wenigsten mobilen, haben weder Pkw noch Moped vor der Tür.

Im ländlichen Raum sind die Wege auch für die MitarbeiterInnen weit. Doch lange Fahrzeiten lohnen sich für Teilzeit-Beschäftigte kaum. Ein mobiles Angebot bedarf also mehr Arbeitszeit, das heißt mehr Personalausstattung. Eine langfristige verlässliche politische Unterstützung ist hier unerlässlich.

## Schnittstellen schaffen

Ideal wäre ein von Praktikern und Kommune gemeinsam ausgearbeiteter Zehnjahresplan. Wir müssen raus aus den Paragraphenschubladen, bei denen immer erst eine Benachteiligung nachgewiesen werden muss, um eine Förderung zu erhalten. Ein ganzheitlicher Ansatz kombiniert die Angebote des SGB II und des SGB VIII und schafft Schnittstellen. Eine enge Zusammenarbeit von lokalen Jobcentern, Sozialamt und der Jugendhilfe sowie die Kooperation von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit können durch regelmäßige „Runde Tische“ erreicht werden. Konkurrenz der Jugendhilfeträger, die durch Zukunftsangst entsteht, führt nur zu Qualitätsverlust. Aber durch Kooperationen können sich die Träger unterschiedlich spezialisieren und so ein ineinandergreifendes und sich ergänzendes Angebot anbieten.

## Lokale Jugendhilfe als Experte für das Soziale!

Die MitarbeiterInnen der Demo-Projekte sind aktiv auf ihre Kommune zugegangen. Kommunale Vertreter werden immer wieder zu Gesprächsrunden eingeladen, Best-Practice-Erfahrungen werden vorgestellt, Notlagen und Bedarfslücken immer wieder vorgeführt und ihre Folgen veranschaulicht. So weit die Wege auf dem Land auch sein mögen, der Draht in

die Kommunalverwaltung ist kürzer. Die sozialen Fachkräfte nehmen ihre Rolle als Experten wahr um deutlich zu machen, wie elementar ihre Arbeit für die lokale soziale Daseinsvorsorge ist. Sie zeigen Selbstvertrauen, denn es bedarf einer Zusammenarbeit mit der Regionalpolitik auf Augenhöhe.

Aber reicht es, mehr junge Menschen in eine Ausbildung oder in eine Arbeitsstelle vermitteln zu können? Es geht um gleichberechtigte Lebensverhältnisse und Lebensperspektiven für alle jungen Menschen – und um grundsätzliche Forderungen der Sozialen Arbeit. Themen wie die Befriedigung von Grundbedürfnissen, Ökonomisierung der Sozialen Arbeit durch strikte Sparpolitik und angemessene Bezahlung sowie Arbeitsbedingungen von Fachkräften müssen ernsthaft angegangen werden, soll der demografische Veränderungsprozess mit gestaltet werden. Und wir brauchen SozialarbeiterInnen, die sich nicht von Sparzwängen und starren politischen Strukturen vor Ort entmutigen lassen, sondern sich ihrer Rolle als politischer Akteur bewusst sind.

### Anmerkung

Ein Halbzeitbericht des Projektes ist unter [www.bagejsa.de](http://www.bagejsa.de) zu finden, Pfad: Handlungsfelder/ Modellprojekte/ Demo.

➔ Charlotte Bamberger ist Demo-Projektleiterin bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, BAG EJSA e.V.



Foto: M.E. / pixelio.de